



Während des Westberliner Weihnachtsmarktes erstrahlt auch der Funkturm in festlicher Beleuchtung

(dpa-Foto)

Ihr „Sieg“

DT. Nicht weniger als ein dutzendmal kommt das Wort „Sieg“ in jenem pathetisch-schwülstigen Elaborat vor, daß die Vertreter von 81 kommunistischen Parteien als Ergebnis ihrer dreiwöchigen Beratungen in Moskau unlängst vorgelegt haben. Mehrmals ist darin sogar vom „Triumph des Sozialismus“ die Rede. Wie aber steht es nach Abzug der „propagandistischen Werbungskosten“ um diesen Triumph? Ist der Sieg der „Kräfte des Friedens und der Demokratie“ über die „aggressiven Mächte des Monopolkapitalismus und der Bourgeoisie“ unaufhaltsam?

Man muß die Sprache totalitärer Systeme kennen, um den Kurswert der Begriffe richtig einzuschätzen. Je näher die Nationalsozialisten dem Abgrund entgegen taumelten, um so häufiger sprachen sie vom Sieg. Eben zu der Zeit, als das Wort „Sieg“ längst jede Glaubwürdigkeit eingebüßt hatte, wurde der „Endsieg“ kreiert, jener Begriff, dem das Scheitern des Dritten Reiches auf der Stirn stand, und der die Rettung in eine imaginäre Zukunft verwies.

★

Nun wäre es gewiß einfältig, die Kommunisten mit den Nationalsozialisten zu vergleichen und den Moskauer „Hymnus“ als Bagatelle abzutun. Ihn nicht zu beachten hieße, seine Bedeutung unterschätzen. Man kann durch sorgfältiges Studium aus dem Dokument außerordentlich wichtige Erkenntnisse gewinnen.

Die Zeit, da eine gelegentliche und zumeist recht dilettantische Bekämpfung des Kommunismus ausreichte, um ihn in Schranken zu halten, ist endgültig vorbei. Weder das militärische „Roll back“ noch eine literarische Beschäftigung mit dem Marxismus-Leninismus genügen heute, um dem Generalangriff der Kommunisten „zu Lande, zu Wasser und in der Luft“ wirksam zu begegnen. Die Materialschlacht, zu der wir herausgefordert sind, findet auf allen Ebenen statt, auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Produktion sowohl als auch auf dem des militärischen Potentials. Sie spart weder die Bereiche der

Erziehung, noch die der sozialen Ausrüstung aus.

Für den Westen ergeben sich daraus zwingende Konsequenzen. Kennedy hat sie unlängst mit aller Schärfe umrissen. In bemerkenswertem Gegensatz zu dem üblichen Schema für Wahlreden forderte er die Amerikaner auf, „anständiger, wachsender, mitleidiger und entschlossener in ihrem täglichen Leben“ zu werden und die Bürgerpflichten mit besonderer Sorgfalt zu erfüllen.

★

Das allgemeine Wohlstandsenden treibt einem Menschenbild zu, in dem die geistige Freiheit nur noch einen untergeordneten Rang einnimmt. Die Forderung nach Einfachheit

Unmenschliche Urteile Protest gegen Ungarn

Berlin (dpa). Der Konvent der Westberliner Freien Universität protestierte schärfstens gegen die unmenschlichen Urteile der ungarischen Regierung, die Jugendliche zum Tode verurteilen ließ, weil sie an dem Volksaufstand im November 1956 beteiligt waren. Besonders wendet sich die Studentenschaft dagegen, daß die ungarische Regierung ein Gesetz rückwirkend in Kraft setzte und somit Jugendliche, die im Alter von 12 bis 14 Jahren an dem ungarischen Volksaufstand teilgenommen hatten, jetzt zum Tode verurteilt werden können.

und Nüchternheit, nach Opfer und Verzicht kann darin kaum einen Platz beanspruchen. Ist es nicht bezeichnend, wenn der Ruf der unterentwickelten Länder, „Schickt uns Lehrer, Techniker und Ärzte!“ ohne Antwort verhallen muß, weil viel zu wenig junge Menschen bereit sind, unter persönlichen Opfern in jenen Ländern Aufbau und Hilfe zu leisten?

Die Frage, welchen Objekten unsere Hilfe sich zunächst zuwenden soll, scheint von nachgeordneter Bedeutung. Zweifellos werden in den nächsten Jahren die sogenannten Entwicklungsländer hier eine besondere Rolle spielen. Während man noch vor zwei bis drei Jahren 100 oder 200 Millionen DM für eine angemessene Unter-

stützung hielt, sind die jetzt zur Diskussion stehenden Summen um mehr als das Zwanzigfache angewachsen. Und schon weiß man, daß auch diese Beträge nicht im entferntesten ausreichen werden.

Wollen wir weiter Almosen aus der Westentasche spendieren oder sind wir bereit, uns zu der großen weltweiten Auseinandersetzung zu rüsten, von der das Moskauer Manifest sagt, sie sei in eine neue Etappe eingetreten. Wir haben uns unter enormen Kraftanstrengungen in den vergangenen 15 Jahren aus dem Nichts emporgearbeitet. Wir haben eine neue Plattform gewonnen, auf der wir einigermaßen Fuß gefaßt haben. Ehe wir weiter emporsteigen, gilt es, diese Plattform nach allen Seiten zu sichern.

Man muß den Leuten sagen, warum die volle Löhntüte, die Volksaktie und das Eigenheim nicht das oberste Ziel sein können. Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen, höherer Verbrauch, aber auch ungerechtfertigte

Unternehmergewinne kosten Geld, eben jenes Geld, das für die weitreichenden Pläne auf dem Gebiete von Wissenschaft und Kultur, auf dem weiten Feld der Entwicklungshilfe sowie für Zwecke eines weitgesteckten sozialen Ausgleichs nötig ist.

★

Das Wahljahr ist bereits angebrochen und mit ihm das Buhlen um die Gunst der Wähler. Schätzt man sie so niedrig ein, daß man ihnen die Wahrheit vorenthalten zu dürfen glaubt? Niemand kann mehr geben als er hat, und der Staat besonders hat nur, was ihm der Bürger vorher zukommen ließ. Wir werden den Riemen enger schnallen und müssen das den Leuten sagen, offen und nicht durch die Blume. Zweifellos werden sie bereit sein, Opfer zu bringen, wenn sie wissen, wofür sie es tun. Der Sieg der Kommunisten ist nicht so sicher, wie das Triumphgeschrei von Moskau es glauben machen will. Noch immer haben zum Sieg zwei gehört: Sieger und solche, die sich besiegen lassen. Nicht der erringt den Sieg, der ihn am lautesten im Munde führt, sondern der, welcher ihn unter keinen Umständen preisgeben bereit ist.

Funktionäre blieben unter sich

Zum SED-Universitätsjubiläum in Ostberlin — Drohung gegen Freie Universität

R. J. Berlin (Eigenbericht)

Nun sind sie verrauscht, die wochenlangen Feierlichkeiten zum 150. Jahrestag der Friedrich-Wilhelms-Universität. „Drüben“, Unter den Linden, wo der Geist Humboldts schon seit Jahrzehnten die alte Stätte verlassen hat, wurde mit viel Gepränge und ohne die Kosten zu scheuen eine große Schau veranstaltet, bei der sich die Funktionäre Ulbrichts lautstark als die echten Erben Humboldts anpriesen. Aber aller Aufwand hat nicht darüber hinwegtäuschen können, daß die Kommunisten trotz Roben und Amtsketten, Pedell und Universitätszepter unter sich geblieben sind.

Der Freien Universität haben es manche übelgenommen, daß sie auf die laute Demonstration von Drüben nicht mit der gleichen Lautstärke geantwortet hat. Aber die Einsichtigen werden zugeben müssen, daß die schlichte Gedenkfeier der Freien Universität in Anwesenheit des Präsidenten der westdeutschen Rektorenkonferenz und fast aller Magnifizenzen eindrucksvoller war, als jede mögliche Form akademischer Gegenpropaganda. Bei aller Betonung der geistigen Nachfolge der Humboldt-Gründung hat man es in Dahlem nicht vergessen, daß auch jetzt noch bei vielen Studenten und einigen Professoren der Ostberliner Universität die Sehnsucht nach dem Geist der Freiheit nicht erloschen ist.

Zwei Festschriften

Die Vortragsreihe der Freien Universität über die großen Gelehrten der Friedrich-Wilhelms-Universität, die sich über das ganze Wintersemester erstrecken wird, zeigt schon jetzt, daß in Berlin das Interesse an der Fortsetzung einer großen geistigen Tradition weit über den Kreis der Angehörigen der Universität hinausreicht. Ebenfalls besonders beachtet werden die beiden umfangreichen Festschriften, die die Freie Universität dem Jubiläum ihrer großen Vorgängerin gewidmet hat.

Auch in Ostberlin wurde unter dem Titel „Die Humboldt-

Universität — gestern-heute-morgen“ ein Buch herausgegeben, das dem 150. Jahrestag gewidmet ist. Abgesehen davon, daß die Schilderung der historischen Entwicklung der Universität sich nur mühsam in das

schriftschatz ist überhaupt ein Kennzeichen dieser Festschrift.

Ein Pamphlet

Ein großer Teil des Buches ist, wie zu erwarten, der Polemik gegen den Westen und die Freie Universität gewidmet. So ist folgende Senatserklärung zum Jubiläum abgedruckt: „Im Zuge dieser antinationalen und volksfeindlichen Politik schufen die gleichen Kräfte in dem widerrechtlich abgespaltenen Teil der Hauptstadt Berlin eine eigene Hochschule als Zentrum des kalten Krieges: Die Dahlemer Universität. Dabei eigneten sie sich wider jedes Gesetz und unter Mißachtung der getroffenen internationalen Abmachungen Gebäude und Einrichtungen der Humboldt-Universität an.“ Ein Blick in das eigene Vorlesungsverzeichnis hätte diesen Senat der SED-Sekretäre davon überzeugen können, daß diese angeblich von der Freien Universität geraubten Institute unter Wahrung aller rechtsstaatlichen Vorschriften der Landbaufakultät der Technischen Universität angehören.

Die Kunst des schamhaften Verschweigens ist sehr weit entwickelt. So ist kein Wort zu lesen über die unmenschlichen Studentenverschleppungen vor allem in den Jahren 1947 und 1948, kein Wort über die selbstverschuldete Ausblutung der Universität durch den ständigen Abgang von Studenten und Dozenten.

Was der Freien Universität blühen würde, wenn der Wunsch der Kommunisten nach einer sogenannten freien Stadt in Erfüllung ginge, kann man auf Seite 224 nachlesen. Dieser Zustand: „... würde zweifellos auch eine Beendigung der Diversantenrolle für die Dahlemer Universität bringen und dem wissenschaftlichen Leben von Nutzen sein.“

Sowenig angenehm die Beschäftigung mit diesem in schlechtem Deutsch zusammengehaunenen Druckerzeugnis auch ist, für eine Reihe koexistenz-ziel-nonkonformistisch träumender Zeitgenossen könnte die Lektüre ganz heilsam sein.

25 DM für zweites Kind

Bonn (dpa). Familien mit zwei Kindern sollen nun endgültig nach dem Vorschlag der Bundesregierung 25 Mark Kindergeld für das zweite Kind erhalten, wenn das Einkommen 550 Mark monatlich nicht übersteigt. Um Härten zu vermeiden, ist diese Einkommensgrenze nicht ganz starr, so daß bei geringfügiger Überschreitung dieses Einkommens das Kindergeld ebenfalls noch gezahlt wird.

Nachdem in einer Ministerbesprechung Einigung über den Plan erreicht wurde, müssen jetzt noch die gesetzgebenden Körperschaften zustimmen. Sie haben auch über die Höhe des Kindergeldes und die Einkommensgrenze zu entscheiden. Ferner muß in Verhandlungen mit nicht dem Bund unterstehenden Dienststellen noch über die Verfahrenstechnik beraten werden. Nach dem Plan der Regierung soll bei der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg eine Bundesfamilienausgleichskasse als Körperschaft des öffentlichen Rechts gebildet werden.

Schema pseudomarxistischer Geschichtsklitterung hineinpressen läßt, mutet es fast rührend an, wenn man als „Ehrenretter“ des Universitätsgründers Wilhelm von Humboldt auf Seite 20 lesen kann: „Er entstammte einer erst im 18. Jahrhundert geadelten Familie, also nicht dem alteingesessenen Junkertum ...“ — Das Herumreden um unwiderlegliche Ge-

Ohne Unterschrift

W. W. Bonn. Wie eine Braut, die vor dem Traualtar „nein“ sagt, hat der sowjetische Botschafter Smirnow sich im letzten Augenblick vor der Unterzeichnung des neuen deutsch-sowjetischen Handelsabkommens geweigert, die Einbeziehung Berlins anzuerkennen, und damit das gesamte Abkommen, vorläufig wenigstens, zu Fall gebracht. Wenn die sowjetische Seite nun, wie schon üblich, von einer deutschen Provokation spricht, so kann die Bundesregierung diesen Vorwurf gelassen hinnehmen. Weit davon entfernt, aus der Zugehörigkeit Westberlins zum Anwendungsbereich des Abkommens eine Prestige-Frage zu machen, hatte das Auswärtige Amt seine dezentesten Glacé-Handschuhe angezogen, um die empfindlichen Seelen der Sowjets nur ja nicht zu verletzen. Auf eine Klarstellung des Verhältnisses Berlins zu diesem Abkommen konnte Bonn aber nicht verzichten. Jeder Verzicht wäre von den Sowjets als erster Schritt zur Preisgabe der deutschen Hauptstadt ausgelegt worden.

Als Staatssekretär van Scherpenberg dem sowjetischen Botschafter in der schonendsten Form die Gretchenfrage stellte, wie er es mit Berlin halten wolle, gab es zwei Möglichkeiten: Smirnow konnte die goldene Brücke betreten und der Bundesregierung versichern, daß alles so bleibe wie bisher, er konnte aber auch die Frage schroff zurückweisen. Davon abgesehen, daß die Bundesregierung nicht stillschweigend auf die Chruschtschow-Linie einschwenken konnte, indem sie den Sowjets das unangenehme Problem ersparte, handelte es sich für sie auch um einen Test: Ist Moskau bereit, die Berlin-Frage einige Zeit ruhen zu lassen? Oder sind die Sowjets entschlossen, im kommenden Jahr dieses Problem mit aller Härte in Angriff zu nehmen? Die Antwort auf diesen Test ist ungünstig ausgefallen. Aus dem Verhalten Smirnows und seines Gefährten Borissow muß man schließen, daß die Sowjetregierung die Berlin-Frage nicht zur Ruhe kommen lassen will.

Im Grunde ist von diesem Ergebnis niemand überrascht. Seit

Wochen deuten alle Berichte aus Moskau, gleich ob sie aus öffentlichen oder diplomatischen Quellen stammen, in die gleiche Richtung. Die Periode des Lächelns, die Chruschtschow in seinem letzten Gespräch mit Botschafter Kroll einzuleiten schien, findet diesmal ein noch rascheres Ende als in der Zeit der Genfer Konferenzen. Am Ausgang des Jahres 1960 sieht es so aus, als würde das neue Jahr der Bundesrepublik eine Belastungsprobe bringen, wie wir sie bisher in der zwölfjährigen Geschichte dieses Staates noch nicht erlebt haben.

Von deutscher Seite war in den Verhandlungen über das Handelsabkommen alles getan worden, um die sowjetische Führung von den guten Absichten der Bundesregierung zu überzeugen. In einigen Punkten war die Bundesregierung in ihren Zugeständnissen so weit gegangen, daß sie schon befürchten mußte, bei den westlichen Verbündeten Anstoß zu erregen. Das galt nicht nur für die Abnahme von russischem Getreide und russischem Erdöl, das ja auf dem deutschen

Markt zu einer ernststen Konkurrenz für die Erzeugnisse westlicher Länder werden könnte, sondern vor allem auch für die Einräumung eines nicht unbeträchtlichen Kredits. Wenn die Sowjets nun, da das Abkommen schon unterzeichnungsfähig war, diese offenkundigen Vorteile ausschlagen, um freie Hand für ihr Vorgehen gegen Berlin zu behalten, so muß man daraus ernste Schlüsse auf ihre Entschlossenheit zu einer aggressiven Politik ziehen.

In dieser Verwirrung gibt es nur zwei feste Punkte, an die wir uns halten können: es ist von unschätzbarem Wert, daß sich in dieser Sache alle deutschen Parteien hinter die Bundesregierung gestellt haben, so daß sie mit der vollen Legitimation durch das ganze Volk auftreten kann. Und es ist ein glücklicher Zufall, daß sich gerade in diesen Tagen die westlichen Verbündeten in Paris versammeln, um das Atlantische Bündnis noch einmal zu bekräftigen. Wenn sie über die Zukunft der nächsten zehn Jahre sprechen, wird der Name Berlin einen besonderen Klang gewinnen.

Ja zur deutschen Geschichte

Gerstenmaier zum 10jährigen Bestehen des Jugendplanes

Bonn (dpa/upi). Bundestagspräsident Gerstenmaier forderte die deutsche Jugend auf, über die Schande der Hitler-Diktatur keinen Augenblick hinwegzusehen, sich davon aber auch nicht die eigene Geschichte verschütten und rauben zu lassen. In einer Feierstunde anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Bundesjugendplanes im Plenarsaal des Bonner Bundeshauses sagte der Bundestagspräsident: „Wenn die Erfahrungen, die wir mit dem Unternehmen Hitler gemacht haben, Deutschlands Jugend und das deutsche Volk nicht davor bewahren, auf ähnliches noch einmal hereinzufallen, dann wäre das ein Anlaß zum Verzweifeln.“

Entschieden wandte sich Gerstenmaier gegen das Wort von der Kollektivschuld. Es lasse außer Betracht, daß Hitler mit Eid und Verfassungsbruch die Deutschen überlastet und ihnen

wie den anderen Völkern seinen Krieg aufgezwungen habe. Das Ja zur deutschen Geschichte verlange von den Deutschen weder die Anerkennung einer Kollektivschuld noch die Solidarität mit Verbrechern. Es sei freilich nicht damit getan, die Verbrecher zu verurteilen. Es gebe darum keine Kollektivschuld, aber eine Kollektivhaftung.

In der Feierstunde, an der auch mehrere Bundesminister, Vertreter der Parteien und zahlreiche Bonner Schüler und Schülerinnen teilnahmen, sagte Bundesfamilienminister Wuermeling, die Jugend von heute sei nicht schlechter als die von früher. „Sie ist nur schlechter dran, weil die Erwachsenenwelt so viele schlechte Einflüsse auf sie einwirken läßt und oft nicht mehr das vorlebt, was unsere Väter und Mütter uns vorgelebt haben.“

Begegnung mit Paul Löbe

Zum 85. Geburtstag des früheren Reichstagspräsidenten

Am 14. Dezember ist der sozialdemokratische Politiker und Ehrenbürger von Berlin Paul Löbe 85 Jahre alt geworden.

Über ein Jahrzehnt wirkte dieser aufrechte Demokrat als Präsident des deutschen Reichstages in Berlin, bis er im Jahre 1932 von dem Nationalsozialisten Göring aus diesem hohen Amt verdrängt wurde. Es folgten schwere Jahre. Später nahm Löbe dann Verbindung mit der Widerstandsgruppe Goerdeler-Leuschner auf und wurde deshalb nach dem 20. Juli 1944 vorübergehend inhaftiert. Nach dem Zusammenbruch stellte Löbe sich sofort wieder seiner Partei zur Verfügung. Als Gegner der Verschmelzung SPD-KPD trennte er sich im April 1946 vom Berliner Zentralaussschuß der SPD, obgleich ihn die Sowjets damals mit „Essen, Geld und eigener Villa“ im sowjetischen Sektor halten wollten. Am 7. September 1949 wurde Löbe die ehrenvolle Aufgabe übertragen, die konstituierende Sitzung des ersten Deutschen Bundestages als Alterspräsident zu eröffnen.

Der Schriftsteller Gerhart Pohl sandte dem TAG einen Geburtstagsgruß an seinen schlesischen Landsmann Paul Löbe, den wir nachstehend veröffentlichen.

★

Von Paul Löbe zu reden heißt Schlesien beschwören. Denn der Fünfundachtzigjährige ist ein unverlierbares Stück des Landes, das ihn gebar und formte und mit allen Wurzelfasern hielt, auch als er längst in der deutschen Hauptstadt, Berlin, wirkte. Folgerichtig mußte der sichtbare Politiker schlesischen Stammes wie sein sichtbarster Dichterlandsmann Gerhart Hauptmann der Vertreibung aller Schlesier teilhaft werden.

Des lebenden Löbes Vertreibung aus Ullersdorf ist nicht anders als die des toten Hauptmann aus Agnetendorf notorisches Unrecht gewesen. Dieses hält den Anspruch der vier Millionen nicht gleichermaßen namhaften oder namenlosen Schlesier auf die Heimat wach. So ist der Sohn des Tischler-

gesellen Heinrich Löbe aus Freiburg und des Dienstmädchens Pauline Leuschner aus Wohlau, die in den Jahren der Reichsgründung die Ehe schlossen, auch von seinem Schicksal her ein Kernstück schlesischer Geschichte.

Ich selbst habe drei besondere Begegnungen mit ihm gehabt, die hier festgehalten seien. Die erste geschah dem Kinde. Als ich, wohl zehnjährig, zum erstenmal nach Breslau fuhr, riet mir der Vater: „Lies alles, was du dort siehst, damit du mir berichten kannst!“ Ich trat frühmorgens aus dem Hauptbahnhof, sah einige Männer mit Tafeln herumgehen und las darauf gehor-sam, wenn auch ahnungslos: „Wählt Bauer/Löbe!“ Der abendliche Bericht an den Vater, der ein wohlhabender Unternehmer war, löste dessen Knurren aus: „Nu ja, der Paule von der Volkswacht — auch so ein Roter, obwohl er Schlesier und ein ganz vernünftiger Mann sein soll.“ Den verdeckten Ton der Wärme in der väterlichen „Standeskritik“ ver-meine ich noch heute eindringlich zu spüren.

Die zweite unvergeßliche Begegnung widerfuhr mir 1935. Als ich nach langer Zeit, einmal von Schlesien nach Berlin kam, sagte ein befreundeter Buch-

händler zu mir: „Kennen Sie den kleinen Herrn dort drüben? Paul Löbe. Er ist jetzt Korrektor bei einem wissenschaftlichen Verlag.“ Ich war von dem Anblick des traurig Sinnenden an der Haltestelle der Straßenbahn überwältigt, wollte zu ihm gehen und ihn als Landsmann begrüßen. Doch der Buchhändler meinte: „Lassen Sie das lieber! Er ist doch arg gefährdet ...“

Die dritte Begegnung geschah im Zeichen Gerhart Hauptmanns. Paul Löbe hatte meinen Bericht über dessen letzte Tage in Schlesien gelesen. Er schrieb mir 1955, er habe aus einem Stapel Bücher, der ihm an einem Tage zugegangen sei, meinen Band herausgeholt. „Ich habe ihn in einem Zuge durchgelesen, weil die Stimmung, die aus ihm spricht, so ergreifend und erschütternd ist, daß es mich nicht eher losließ ...“

Neben diesen unvergeßlichen Begegnungen habe ich Löbe viele Male erlebt — als souverän-gerechten Reichstagspräsidenten, als hinreißenden Volksredner vor den begeistertsten Massen, als humorvoll-schlichten Freund der Geselligkeit und als aufgeschlossenen Zuhörer bei manchem Vortrag. Und immer war er, der er wesentlich ist: ein Volksmann aus Schlesien.

10 Millionen KP-Broschüren

... schickt Pankow monatlich in die Bundesrepublik

Bonn (dpa). Mindestens zehn Millionen kommunistische Propaganda-Broschüren werden gegenwärtig monatlich von der Sowjetzone in die Bundesrepublik geschickt. Diese Zahlen wurden am Freitag aus dem Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen in Bonn bekannt. Im Jahre 1957 betrug die Zahl der monatlich versandten Broschüren noch 134 000 Stück.

Die Infiltration in der Bundesrepublik wird von dem „Arbeitsbüro“ des SED-Zentralkomitees geleitet, das dem Spitzenfunktionär Spangenberg untersteht und über 100 hauptamtliche Mitarbeiter hat. Mit der Ausführung der von hier ausgehenden Weisungen seien hauptsächlich 15 000 Funktionäre in den Massenorganisationen der Sowjetzone betraut, wurde im Ministerium erklärt. Die vornehmlich auf die Ge-

werkschaften in der Bundesrepublik gerichtete Zersetzungsarbeit des sowjetzonalen FDGB werde vom „Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit“ gelenkt, dem etwa 3500 Instruktoren unterstünden. Für die propagandistische Infiltrierung der Bundeswehr sei die „Selbständige Abteilung“ mit rund 74 Mann verantwortlich. Die publizistische Tätigkeit habe 1959 rund 50 Millionen DM West und 30 Millionen DM Ost gekostet.

Kampf den roten Agitatoren

Innenminister erläutert den Gesetzentwurf über Reiseverkehr

Bonn (ap/dpa). „Die Kommunisten sind nicht mit Toleranz zu überwinden, sie lassen sich nur mit Entschlossenheit in Schranken halten. Die Totalitären scheuen kein Mittel, um uns die Unfreiheit zu bringen. Wenn wir die Auseinandersetzung mit ihnen bestehen wollen, können wir nicht auf die Abwehrmittel des Rechtsstaates verzichten.“ Mit dieser Warnung leitet Bundesinnenminister Schröder eine Broschüre ein, die den Gesetzentwurf über den Reiseverkehr mit der Sowjetzone erläutern soll.

Die Freizügigkeit und damit die Freiheit sollte, so heißt es in der am Dienstag in Bonn veröffentlichten Schrift, in keiner Weise angetastet werden. Die meisten Reisenden würden die praktischen Auswirkungen überhaupt nicht zu spüren bekommen. Mit Nachdruck weist der Minister den Einwand zurück, die neuen Bestimmungen könnten mitteldeutsche Flüchtlinge gefährden. Keinem Grenzbeamten werde es einfallen, einen Flüchtling wieder in die Zone zurückzuschicken. Als völlig aus der Luft gegriffen wird auch der Vorwurf bezeichnet, mit dem Gesetz werde die Pan-kower Zweistaaten-Theorie anerkannt. Reisen in die Zone, heißt es, werden auch weiterhin als innerdeutsche Reisen behan-

delt und nicht von Genehmigungen abhängig gemacht.

Nach Ansicht der Bundesregierung reichen die gesetzlichen Grundlagen zur Bekämpfung verfassungsfeindlicher Kräfte nicht aus. Da aber im Rechtsstaat nichts ohne das Parlament und ohne gesetzliche Grundlage getan werden könne, sei dieses Gesetz dringend erforderlich. Die geistige Bekämpfung des Kommunismus und die polizeiliche Abwehr kommunistischer Wühlarbeit schlossen einander nicht aus.

DGB-Delegationen

In der Denkschrift wird die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die in diesem Jahr aus der Bundesrepublik zu Tagungen in die Sowjetzone gereist sind,

mit 16 567 angegeben. Diese Zahl sei durch die Sicherheitsbehörden festgestellt worden. 2000 Einwohner der Bundesrepublik hätten in der Zone an Veranstaltungen für SPD-Mitglieder und 20 000 Jugendliche und Sportler an politischen Zusammenkünften in Mitteldeutschland teilgenommen.

Berliner Bedenken

Der Berliner Senat hat Bedenken politischer, juristischer und praktischer Art gegen den Gesetzentwurf erhoben. Er wird aber nach den Worten des Innensenators Lipschitz Gegen-vorschläge zum Schutze gegen die kommunistische Infiltration machen.

Sowjets besitzen riesige U-Boot-Flotte

London (upi). Die sowjetische Flotte verfügt über mehr U-Boote als die Flotten der ganzen übrigen Welt zusammenge-nommen. Unter diesen sowjetischen U-Booten befinden sich auch mindestens sechs atomar angetriebene U-Boote und mehrere, die mit Raketen ausgerüstet sind. Dies geht aus dem jüngsten Jahrgang des international führenden Flottenhandbuchs „Jane's Fighting Ships“ hervor.

Im einzelnen soll die Sowjet-Flotte über sechs fertige raketenbewaffnete U-Boote mit konventionellem Antrieb verfügen. Rund 50 sowjetische U-Boote sollen sich im Bau befinden und zwischen 450 und 500 U-Boote einsatzbereit sein. Die amerikanische Marine besitzt demgegenüber 173 U-Boote, davon 34 Nachkriegsbauten und von diesen wiederum 17 Boote mit atomarem Antrieb.

Hohe Strafen für Landesverräter

Karlsruhe (ap/dpa). Die bisher höchsten Strafen in einem Landesverratsprozeß hat der Bundesgerichtshof gegen die beiden ehemaligen Angestellten des Bundesinnenministeriums Knipp und Paul ausgesprochen. Knipp erhielt zehn Jahre, sein Komplize Paul neun Jahre Zuchthaus.

Bonn widerlegt Moskau

Handelsvertrag von vornherein auf Berlin abgestellt

W. Bonn (Eigenbericht). Im Mittelpunkt des politischen Interesses steht in Bonn noch immer der Streit um die Einbeziehung Berlins in das neue deutsch-sowjetische Handelsabkommen. Von der Bundesregierung ist zum ersten Male angedeutet worden, daß die mit den Sowjets vereinbarten Warenmengen nur dann gelten, wenn sich die Sowjetregierung mit der Anwendung des Abkommens auf Berlin einverstanden erklärt. Die Bemerkung fiel bei der Stellungnahme zu sowjetischen Äußerungen, die den Zwischenfall so hinstellten, als habe Bonn bei dieser Gelegenheit versucht, die Berlin-Frage „durch die Hintertür“ im deutschen Sinne zu lösen. Das Gegenteil sei richtig, wurde dazu erklärt. Die Einbeziehung Westberlins sei schon deshalb notwendig, weil es zum Währungsgebiet der DM-West gehöre.

Tatsächlich hält die Bundesregierung bisher alle Einzelheiten der Vereinbarungen mit den Sowjets geheim, weil der Sowjetunion einige erhebliche Vorteile eingeräumt worden sind, die man nur dann verantworten zu können glaubt, wenn die Gegenseite sich mit der Einbeziehung Berlins einverstanden erklärt. Es ist daher auch sehr unwahrscheinlich, daß die Bundesregierung die Anwendung der Zahlen des neuen Abkommens zulassen wird, ohne daß es zur formellen Unterzeichnung kommt.

Jugoslawen abgereist

Die meisten der jugoslawischen Sachverständigen, die im Bundeswirtschaftsministerium über eine Erhöhung des Warenverkehrs zwischen beiden Ländern verhandelt haben, sind wieder abgereist. Wie verlautet, sind die Verhandlungen ohne Ergebnis beendet worden.

Frau Riemecks Freiheit

DT. Kann man in der Bundesrepublik Mitglied kommunistischer Tarnorganisationen sein oder in solchen mitarbeiten? Kann man in eindeutig prokommunistischen Publikationsorganen Artikel veröffentlichen? Kann man sich an Kundgebungen und Aufrufen beteiligen, die die Deutschlandpolitik des Ostens grundsätzlich billigen? Kann man schließlich an politischen Veranstaltungen in der Sowjetzone teilnehmen und dort als Redner auftreten? Kann man dies alles tun und zugleich Lehrer an einer westdeutschen pädagogischen Akademie sein? Ja, man kann es. Der Fall der Wuppertaler Professorin Renate Riemeck beweist es.

Wir wollen hier die Organisationen, in denen Frau Riemeck sich seit Jahren betätigt, angefangen vom „Fränkischen Kreis“ über den „Kongreß gegen atomare Aufrüstung“ bis zum „Komitee für die (kommunistischen) Weltjugendfestspiele“ im einzelnen nicht aufzählen. Auch die publizistischen Beiträge der Professorin in mehr oder weniger eindeutig ausgerichteten und nachweislich kommunistisch finanzierten Blättern sind nicht so bedeutend, daß wir deren Lektüre empfehlen könnten. Sie lassen freilich klar erkennen, daß Frau Riemeck für das Ulbricht-Regime eine Schwäche hat und die Verhältnisse im „sozialistischen Lager“ durch eine rosarote Brille zu betrachten pflegt.

Entgegen dem Beschluß der westdeutschen Rektorenkonferenz nahm die Dozentin an der Jubiläumsfeier der Universität Jena teil und ließ dabei abfällige Bemerkungen über den eben aus der Zone geflohenen Rektor Hämel laut werden. Das Jubiläum der Universität Leipzig schmückte sie mit einem Vortrag, in dem von der „Modell-Universität des sozialistischen Typus“ die Rede war. Im Anschluß an diese Veranstaltungen fand sich Frau Riemeck auf einem Empfang der Sowjetzonen-CDU ein. Diese Fakten müssen festgehalten werden, wenn man den „Fall Riemeck“ richtig beurteilen will. Die Geschichte ist nämlich vielfach,

auch in einigen Organen der SPD, so dargestellt worden, als habe der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen ein Kesselreiben gegen die Dozentin veranlaßt und die freie Meinungsäußerung und zugleich die Lehrfreiheit unterdrückt.

Lang, viel zu lang hat der Minister dem Treiben der Dame zugesehen, bis er sich entschloß, ihr — nicht etwa die Lehrtätigkeit, sondern — nur die Prüfungsbefugnis zu entziehen. So konnte Renate Riemeck bis vergangenen Montag weiterlehren, bis zu jenem Tag, da sie, selbst die Konsequenzen aus ihrem

Verhalten ziehend, den Dienst quittierte.

So hoch schätzt man hier also die Freiheit ein. Hätte Frau Riemeck silberne Löffel gestohlen oder die Fenster der Akademie eingeworfen, so wäre sie vermutlich längst entlassen worden. Da sie aber „nur“ die Unterordnung des freien Teiles Deutschlands unter den unfreien propagiert, muß man sie reden lassen, ungeachtet der Tatsache, daß Hunderte junger Menschen ein gefährlich schiefes Bild von unserem Staat, von unserem Recht und unserer Freiheit erhalten.

Keine Stationierungskosten

USA verzichten — Erhard sprach Anderson in Paris

Paris (ap). Die USA haben Mittwoch endgültig ihre Forderungen auf deutsche Stationierungskosten in Höhe von 600 Millionen Dollar fallengelassen. Dies wurde im Anschluß an ein Gespräch zwischen Bundeswirtschaftsminister Erhard und dem amerikanischen Finanzminister Anderson in Paris bekannt. Anderson soll vorgeschlagen haben, in gemeinsamen Beratungen andere Methoden zur Behebung des amerikanischen Gold- und Devisenabflusses zu suchen. An dem Gespräch, das in der amerikanischen Botschaft stattfand, nahm auch Staatssekretär Dillon teil.

Aus gutunterrichteter Quelle verlautete, daß der harte Kurs, den beide Parteien während der gescheiterten Bonner Verhandlungen vertreten hätten, weitgehend aufgelockert worden sei. Man habe jetzt drei Vorschläge ins Auge gefaßt:

1. Eine Lockerung der deutschen Einfuhrbeschränkungen für amerikanische Waren.

2. Einen größeren deutschen Beitrag zur Infrastruktur der NATO sowie dem Nachrichten- und Versorgungssystem des Bündnisses.

3. Größere deutsche Waffenkäufe in den Vereinigten Staaten.

Wertlose Besuche

DT. Der 19. norwegische Jugendkongreß, an dem Vertreter von 37 nationalen Jugendorganisationen des Landes teilnahmen, hat beschlossen, keine offiziellen Delegationen mehr in die Sowjetunion zu entsenden. Der Kongreß war sich darüber einig, daß solche Besuche wertlos seien, da die Delegierten niemals Gelegenheit hätten, in direkten und freien Kontakt mit sowjetischen Jugendlichen zu kommen. Eine Einladung zu dem „Weltjugendforum“, das im nächsten Jahr in Moskau stattfindet, soll ebenfalls abgelehnt werden.

Die klare Haltung der norwegischen Jugend steht in erfreulichem Gegensatz zu der kommunistenfreundlichen Haltung mancher anderer Verbände der westlichen Welt. Ebenso klar

und eindeutig war kürzlich die Haltung des norwegischen Parlaments, als Außenminister Lange eine Teilnahme der Zonenportler an dem internationalen Holmenkollen-Skispringen 1961 ablehnte, solange die Schikanen des SED-Regimes gegen Westberlin anhalten.

Linientreu

Budapest (ap). Ungarische Wörter, die in irgendeiner Verbindung zu „bourgeois“ Begriffen stehen, werden in einem jetzt in Vorbereitung befindlichen Wörterbuch mit dem Zusatz „v. Soc.“ (vor dem Sozialismus) versehen. Zu solcherart gebrandmarkten Wörtern gehören Ausdrücke wie Graf, Baron, Maklerberuf, Effektenbörse, Playboy, eingetragene Gesellschaft, Gutsverwalter und Bankier.

Tannenbäume am Stacheldraht

Vopos schießen scharf am „Todesstreifen“ entlang des Frankenwaldes

Kronach (Eig. Bericht). Über 300 000 Weihnachtsbäume, die am Heiligen Abend in vielen süddeutschen Städten, aber auch in Frankfurt, Köln, Hamburg und vor allem in Berlin entzündet werden, kommen aus dem großen Wäldermeer des Frankenwaldes an der Zonengrenze. Weite Teile seiner 52 000 ha Gesamtfläche dienen bereits seit Jahren ausschließlich zur Deckung des ständig wachsenden Bedarfs an Christbäumen, für die das kleine Wallenfels zum Hauptschlagsplatz geworden ist. In der nahe gelegenen Kreisstadt Kronach schließen selbst italienische Aufkäufer gute Geschäfte ab.

Wer aber denkt daran noch, wenn überall landeinwärts die Glocken die fröhliche Weihnachtszeit einläuten, wenn sich groß und klein über ihre Wirtschaftswunder-Gabentische freuen? Mit dem Bewußtsein um die wirklichen Probleme an der Zonengrenze scheint es nicht gerade allzugut bestellt zu sein. Da das alte Jahr zur Neige geht, sollten wir aber den Blick wieder einmal dorthin lenken, wo nicht nur viele Weihnachtsbäume wachsen, sondern auch Stacheldrahtverhaue mitten im deutschen Land. Wie sieht es heute dort aus?

Nur mit Sonderausweis

Wer beispielsweise von Kulmbach über Coburg in Richtung Neustadt fährt, erlebt hier einen höchst beklemmenden politischen Anschauungsunterricht. In Landschaft und Bauweise mischen sich fränkische und thüringische Elemente wie selbstverständlich, doch die nach Meinungen führende Bundesstraße 4 endet plötzlich vor einer Stacheldrahtbarrikade. Von bundesdeutscher Seite darf man bis an die Pfähle mit dem gelben Kopf herangehen, jenseits der Demarkationslinie aber liegt ein fünf Kilometer breiter Sicherheitsgürtel. Er ist nur zugänglich für Leute mit Sonderausweisen und für Volkspolizisten, die in ihren bräunlich-grünen Uniformen, Gewehr in der Hand, zuweilen hinter einem Gebüsch hervortreten und

ebenso plötzlich wieder verschwinden. Fünf bis zehn Meter vor dem Stacheldraht stehen die ostzonalen Grenzpfähle mit gut sichtbaren drei weißen Streifen. Wer diese Linie überschreitet, darf von den Vopos ohne Anruf niedergeschossen werden. Der unmittelbar dahinter befindliche 500 m breite „Todesstreifen“ wird von Zeit zu Zeit durch besonders linientreue Traktoristen umgepflügt.

Keine Kontakte

Kontakte und Gespräche mit den Brüdern und Schwestern drüben? Sie sind unmöglich ge-

Instinktlös

DT. „Die Zeit“, eine Wochenzeitung für Politik und Kultur — so jedenfalls betont es ihr Untertitel —, hat das Verbot der Hamburger PEN-Club-Tagung zum Anlaß genommen, die kommunistischen Schriftsteller und SED-Funktionäre zu einer erneuten Aussprache einzuladen. Durch Polizeigewalt, so meint sie, sei eine geistige Auseinandersetzung verhindert worden, die nun in den Redaktionsräumen der „Zeit“ nachgeholt werden soll.

Die Hamburger Gralshüter der Demokratie haben, so scheint uns, nur eins dabei vergessen, daß die kommunistischen Machthaber in Mitteldeutschland alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um die freie Existenz Westberlins auszulöschen. Sie lassen völlig außer acht, daß sich die Bundesrepublik mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einer planmäßig gelenkten kommunistischen Infiltration erwehren muß. Sie kümmert es nicht, daß sich das SED-Regime bei seiner planmäßigen Wühlarbeit gegen die freie Welt, bei der Unterdrückung der 17 Millionen Deutschen in seinem Machtbereich der Dichter und Schriftsteller bedient, um seine Untaten noch zu verherrlichen.

In einem Augenblick, in dem auch der kleinste Gewerkschaftsfunktionär in der Bundesrepublik begriffen hat, daß er schon mit der bloßen Diskussions- und Koexistenzbereit-

worden. Draht, kahle Flächen, verfallene Häuser ohne Fensterscheiben — überall das gleiche Bild. Fast sämtliche Bewohner des Kreises Kronach sind mit ihren Nachbarn in der Zone verwandt. Bekommen sie überhaupt eine Besuchsgenehmigung, so müssen sie einen 100-km-Umweg über Töpen-Juchhöh machen, um die nur 10 km von ihnen entfernt wohnenden Freunde zu sehen. Vom warmen Licht der Weihnacht wird kein Abglanz in das Land unmittelbar jenseits des Eisernen Vorhanges fallen. —wi.

schaft die Axt an die Wurzeln unserer Freiheit legt, glaubt die Hamburger Wochenzeitung einen Beitrag zur Demokratie zu leisten, wenn sie mit jenen „die Waffen des Geistes kreuzt“, die gegen diese Waffen von vornherein immun sind, da sie zu einem echten Gespräch weder bereit noch befugt sind.

Bonn warnt Kuba

Bonn/Berlin (ap/dpa). Die Bundesregierung hat die Regierung Kubas erneut auf die Konsequenzen hingewiesen, die eine eventuelle diplomatische Anerkennung der Sowjetzone für den Karibischen Staat haben würde. Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen hätte auch Auswirkungen auf die deutsch-kubanischen Handelsbeziehungen.

Die Warnung erfolgte am gleichen Tage, an dem der „zweite Mann“ von Kuba, Guevara, zu Verhandlungen in Ostberlin eintraf. Offiziell will Guevara nur über eine Ausweitung des Handels sprechen, doch läßt die „DDR“ keinen Zweifel daran, daß ihr vor allem an der diplomatischen Anerkennung gelegen ist. Um Kuba dies zu erleichtern, hat Pankow in den letzten Monaten bereits große Mengen Zuckerrohr abgenommen, obwohl die Sowjetzone selbst ein Zucker-Exportland ist und die Fabriken nur auf die Verarbeitung von Zuckerrüben eingestellt sind.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1.